Nr. 16. XXXIV. Jahrgang — Abend-Ausgabe. — Montag, 9. Januar 1905

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

## Das liberale Einigungsprogramm in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**München**, 9. Januar.

Die vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns, und zwar die liberale Landtagsfraktion, die nationalliberale Landespartei, der Landesverband der Jungliberalen, die freisinnige Partei, die deutsche Volkspartei und der süddeutsche Verband der Nationalsozialen schlossen gestern in Nürnberg ein Kartell für die kommenden Landtagswahlen. Die Hauptgrundzüge des Programms sind:

Festigung und freiheitlicher Ausbau der gemeinsamen Reichseinrichtungen unter Wahrung der bundesstaatlichen Verfassungsgrundlagen.

Schaffung eines Wahlgesetzes auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, wenn möglich nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, sonst auf Grund einer unparteiischen Wahlkreiseinteilung.

Erweiterung der ersten Kammer des Landtages im Sinne einer zeitgemäßen Zusammensetzung.

Freiheitliche Gestaltung des Versammlungs- und Vereinsrechtes, insbesondere durch Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen und Versammlungen.

Forderung für das Heer: Schutz gegen Mißbrauch der Dienstgewalt, Oeffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens, Einschränkung der Offizierspensionen, Verbesserung der Stellung der Veteranen.

Ungeschmälerte Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Staatshoheit auf kirchenpolitischem Gebiete und Abwehr klerikaler Eingriffe besonders im Schulwesen. Bekämpfung des Mißbrauchs der Religion zu politischen Zwecken, Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie der Kunst, Abwehr der konfessionellen Einwirkung auf das Hochschulwesen. Schaffung eines neuen Schulgesetzes, Verstaatlichung der Volksschule, allgemeine Einführung der Simultanschule, allgemeine Fachaufsicht.

Umgestaltung des Steuersystems unter Ueberweisung der Ertragsteuer an die Gemeinden unter Zugrundelegung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer mit ergänzender Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Herbeiführung einer Betriebsmittelgemeinschaft. Mithilfe bei Ueberwindung der in der Landwirtschaft bestehenden mißlichen Verhältnisse. Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit. Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeitskammern, gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Maximalarbeitstages. Staatliche Arbeitslosenfürsorge.

---

• Heute beginnen hier die wichtigen Beratungen über die Schaffung einer **Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Staatsbahnen,** der am nächsten Montag die Beratung über die Reform der Personen- und Gütertarife folgen soll. Bekanntlich war von Württemberg und später auch von Baden und Bayern bei Preußen die Vereinbarung einer Betriebsgemeinschaft beantragt, und es hatten hierüber grundsätzliche Erörterungen der Reformminister im Herbst vorigen Jahres in Heidelberg stattgefunden. Demnächst wurde auch von Sachsen, Oldenburg und Mecklenburg der gleiche Antrag gestellt. Kommissare der sämtlichen beteiligten Regierungen sind erschienen, um über die Einzelheiten der beantragten Gemeinschaft zu beraten. Es hat lange gedauert, ehe es gelang, die verschiedenen Staaten unter einen Hut zu bringen. Der Augenblick für den Plan von Reichseisenbahnen, den Bismarck hegte, ist für immer verpaßt; man wird an die Betriebsgemeinschaft keine übertriebenen Hoffnungen knüpfen dürfen. Aber der frühere Leipziger Oberbürgermeister Dr. Georgi dürfte recht behalten, wenn er im „Leipz. Tgbl." seine Hoffnung auf einen positiven Erfolg der gegenwärtigen Bestrebungen darauf begründet, daß nunmehr die Staatseisenbahnen selbst ein gewichtiges Interesse an dem Zustandekommen haben, daß die Gemeinschaft nicht mehr vorwiegend unter dem Gesichtspunkte eines Opfers an Selbständigkeit, sondern unter dem der praktischen Wirtschaftlichkeit erscheint, deren Notwendigkeit der Betrieb mehr und mehr fühlbar macht. Dr. Georgi führt weiter aus, daß die Betriebsmittelgemeinschaft eine wirtschaftlichere Ausnützung des vorhandenen Wagenparkes ermöglicht, die auch dem Publikum zu gute kommt. Doch dürfe sich die Gemeinschaft nicht auf die Wagen beschränken, sondern müsse auf die Lokomotiven ausgedehnt werden. Die ganze Entwickelung drängt dazu, Besitz und Weiterentwickelung der Zugkräfte wie der Wagen zur Gemeinschaft zu machen; daraus wird sich notwendig auch Gemeinschaft der Reparaturwerkstätten und vielleicht des Brennmaterials ergeben. So fährt Dr. Georgi fort:

„Man ersieht leicht, daß hieraus eine Menge von nicht leicht zu lösenden Fragen sich ergibt. Zuerst die Bedingungen der Uebernahme des vorhandenen Materials in die Gemeinschaft, die Entschädigung an die Einzelstaaten für die Uebernahme, die Entschädigung andererseits an die Gemeinschaft für die Benutzung ihrer Betriebsmittel auf das weite Gebiet der Gemeinschaft, die Gewähr rechtzeitiger Gestellung der Betriebsmittel an den einzelnen Stellen, die Einstellung entsprechender Organe dafür, die Amortisation der Betriebsmittel, die Beschaffung von Mitteln für neue Anschaffungen aus dem Betriebe oder durch Kapitalaufwendung. Es entsteht eine neue Vermögensgemeinschaft, welches ist ihre rechtliche Natur? Wie sind ihre Organe zu gestalten? Wie regelt sich die Haftpflicht gegenüber den Einzelverwaltungen und gegenüber dem Publikum? und dergleichen Fragen mehr."

Die Regierungen dürfen sich, so bemerkt Dr. Georgi zum Schluß, sagen, daß sie für die Entwickelung des Reiches etwas so Wesentliches leisten, wie es seit Gründung des Reiches größer kaum dagewesen, und daß sie dabei zugleich das Beste der von ihnen vertretenen Einzelstaaten wahren und fördern. So wird man den Beratungen die besten Erfolge wünschen.

---

## Die Gärung im Ruhrgebiet.

(Von unserem nach dem Ruhrgebiet entsandten Spezialberichterstatter.)

**Essen**, 8. Januar.

### Der Versammlungs-Sonntag.

Der heutige Sonntag stand unter dem Zeichen der Versammlungen. Ueberall im Ruhrgebiet traten die Belegschaften zusammen, um über die Ereignisse der letzten Tage und die allgemeinen und besonderen Beschwerden unter spezieller Anknüpfung an den ausgebrochenen Streik auf Bruchstraße Resolutionen zu fassen. Der Streik auf Bruchstraße ist in dem leitenden rheinischen Organ derart geschildert, als ob die Belegschaft kontraktbrüchig geworden sei. Das ist indessen nicht der Fall, da der Ausstand von ihr ja nicht wegen der Seilfahrt begonnen worden ist, sondern wegen des Kohlendeputates. Ein jeder verheirateter Bergmann hat im Winter allmonatlich bei der Zechenverwaltung Anspruch auf zehn Centner Kohlen — im Sommer einen Anspruch für anderthalb Monate. Dies Quantum wird ihm von der Grube zum Selbstkostenpreise geliefert, das ist auf Bruchstraße zu 3,30 Mark. Zum Empfang der Kohle erhält der Bergmann gegen Bezahlung dieses Betrages vom Schichtmeister oder sonst einem Beamten einen Schein, den er an einen beliebigen Fuhrmann gibt, welcher ihm gegen die Fuhrkosten die Kohlen ins Haus fährt. Da die Belegschaft Bruchstraße vom Betriebsführer nun mit Bezug darauf, daß sie seit den letzten Tagen mit der Aushändigung der Scheine hingehalten worden war, um vom Betriebsführer eine schriftliche Erklärung verlangte, worin er sich zur Weiterlieferung der Scheine verpflichten sollte, und diese von ihm verweigert wurde, da erst legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Dieser Vorgang muß deshalb noch einmal in aller Ausführlichkeit betont werden, damit auf dem Verhalten der Bruchstraßebelegschaft, deren Ausstand ursprünglich erst von dem Urteilsspruch des Berggewerbegerichts abhängig gemacht werden sollte, kein unbegründeter Vorwurf ruht.

In krassem Gegensatze zu dem ruhigen und besonnenen Vorgehen der Kameraden auf Bruchstraße stand unter den vielen heutigen Versammlungen diejenige in Essen, einer der größten, die seit dem Jahre 1889 stattgefunden haben, und deren aktueller Anlaß die Maßregelung eines Belegschaftsmitgliedes auf der Zeche Herkules war. Im Vordergrunde aber standen auch hier wieder die allgemeinen Klagen. Darunter figurierten diesmal auch die „Verrufserklärungen", das heißt die Maßnahmen der Zechen, mißliebigen und entlassenen Arbeitern durch entsprechende Kennzeichnungen ein anderweitiges Unterkommen unmöglich zu machen. Diese Verrufserklärungen, so führte der Redner aus, verstießen direkt gegen die gesetzlichen Bestimmungen, und die Zechen machten sich also dadurch im Rechtssinne strafbar. Wie willkürlich ferner das Wagennullen geschähe, davon gab ein Belegschaftsmitglied ein drastisches Beispiel zum besten. An einem Tage, wo dieser Mann wegen des Begräbnisses seines Vaters garnicht angefahren wäre, sei er in Strafe genommen worden wegen unreiner Kohle, die er an diesem Tage gefördert hätte — also an einem Tage, wo er auf der Zeche garnicht anwesend gewesen wäre. Es ginge daraus hervor, daß die Beamten die genullten Wagen nicht denjenigen zur Last lägen, welche die Urheber davon wären, sondern aus Schikane den bei ihnen mißliebigen Persönlichkeiten, zu denen sich der Redner rechnete. Da — ein weiterer Punkt — bei dem heutigen Großbetriebe in den Gruben, der im Vergleich zu dem früheren Kleinbetrieb ja ganz andere Dimensionen darin geschaffen hätte, die Schächte immer tiefer, die Felder immer ausgedehnter und somit der Weg, den der Bergmann unter Tage zurückzulegen hätte, bis er „an Ort" käme, immer länger würde (in manchen Betrieben dauere dieser Weg eine Stunde und darüber) so müsse endlich eine gesetzliche Bestimmung geschaffen werden, durch die dieser Weg samt Seilfahrt in die Schicht mit eingerechnet würde. Denn hierin läge der Kernpunkt im Streite um die Seilfahrt, deren Verlängerung ja keine Grenzen gesteckt wären. Wäre im Kampfe um die Seilfahrt erst die eine Zeche siegreich hervorgegangen, so würden die anderen bald folgen. Die Unterstützungskassen, zu deren Gunsten die Zahlungen für genullte Wagen eingezogen würden, hätten für die Arbeiter keinen Zweck, solange nur die Verwaltung die Kontrolle darüber ausübt, die Belegschaftsvertreter dagegen dabei fehlen.

Dies nur eine kleine Auslese der Anklagen und Expektorationen, die gegen die Zeche Herkules geschleudert wurden, und die, oft von stürmischen Zurufen begleitet, schließlich in eine Erregung ausarteten, welcher die auf der Rednertribüne versammelten Führer nicht mehr Herr zu werden vermochten. Unter ihnen befand sich wieder der Reichstagsabgeordnete Hue. Es gellten, die letzten Dämme der Geduld durchbrechend, die erregten Zurufe zum Podium hinauf, aber unbeirrt mahnten die Führer auch jetzt noch zur Besonnenheit. Sowohl einem partiellen Streik als auch einem allgemeinen dürfe man sich nicht in die Arme werfen: einem allgemeinen nicht, denn der könne nur den Interessen des Kapitals entsprechen. Beispiele wurden angeführt, aus denen hervorgehen sollte, daß die Beamten Leute aus der Belegschaft (und in wessen anderem Auftrage als dem der Grubenbesitzer?) zur Niederlegung der Arbeit aufstachelten. Die Häfen von Mannheim bis Straßburg strotzten von Kohlen, schon ein einziger Tag der Forderung im Ruhrgebiet schaffe ja so viel, daß man damit einen sechzig Kilometer langen Eisenbahnzug von Doppelwaggons füllen könne. Solle man so dumm sein und dem Gegner seinen Willen tun? Auch die Frauen wären gegen den Streik. Nicht nur unter den Nichtorganisierten, sondern auch — so stände leider zu fürchten — unter den Organisierten würden Arbeitswillige genug zu finden seien. Auch betrügen die letzteren unter den 270,000 Arbeitern im Ruhrgebiet nur 110,000 Mann. Die Brandfackel, die man in das Land werfen wollte, würde nur — denn auch die Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel sei zu bedenken — ein Strohfeuer entzünden. Darum alle vorhandenen Kräfte, auch die pekuniären, einzig zu dem Zwecke eingesetzt, um den Kameraden erbringen, um den ihn wohl die meisten seiner zeitgenössischen Kollegen beneiden dürften. Er ist gleich seinem Helden einer jener glücklichen Sterblichen, denen eine gütige Fee einen reichen Schatz von Begabung verliehen: der Melodienborn, aus dem er seine Partituren speist, ist morgenfrisch und würzig. Zwar führt er die Gerüche all der vielen charakteristischen Kräuter und Blumen der slavischen Waldungen, in denen er entspringt, und durch die er fließt, mit, gerade das aber verleiht ihm einen besonderen Reiz. Weiß sollte sich garnicht bemühen, die Spuren der Provenienz seines Talents und Könnens zu verwischen; denn davon abgesehen, daß ihm dies schwerlich gelingen dürfte, versündigt er sich bei einem solchen Versuche an seiner Eigenart und setzt seinem reinen Künstlerblute fremdartige Ingredienzien zu, die es nicht bloß alterieren, sondern gründlich verderben. Nur auf diese Weise ist der Eklektizismus bei einem Musiker von solch ansehnlicher Erfindungskraft zu erklären, nur so das sonderbare Nebeneinander von Ursprünglichkeit und Nachempfindung. Die originelle, prickelnde Rhythmik und die mit überzeugendem Verständnis durchgeführte Instrumentation erhöhen die Ausdruckskraft der Partitur.

Auch in der Handhabung des Vokalparts erweist sich der Komponist als feinfühliger Musiker und gewiegter Techniker, der die Leistungsfähigkeit der menschlichen Stimme genau kennt und ihre Grenze streng beachtet. Leider sind die Gesangspiecen einander von Ursprünglichkeit und Nachempfindung. Die originelle, prickelnde Rhythmik und die mit überzeugendem Verständnis durchgeführte Instrumentation erhöhen die Ausdruckskraft der Partitur.

Auch in der Handhabung des Vokalparts erweist sich der Komponist als feinfühliger Musiker und gewiegter Techniker, der die Leistungsfähigkeit der menschlichen Stimme genau kennt und ihre Grenze streng beachtet. Leider sind die Gesangspiecen

---

## Auswärtige Premieren.

(Von unseren Korrespondenten.)

⊙ **Ein neues Werk von Karl Weiß.** Im Neuen deutschen Theater in Prag ging jüngst das dreiaktige Volksmärchen mit Gesang und Tanz „Die Dorfmusikanten" von Karl Weiß zum ersten Male in Szene. Der Komponist Karl Weiß ist vor nicht allzulanger Zeit mit seiner Oper „Der polnische Jude" in der Musikwelt bekannt geworden; vom Deutschen Landestheater in Prag nahm das Werk seinen Weg über alle deutschen Bühnen. Nun hat sich der Tondichter dem Volksmärchen zugewendet: ein altes tschechisches Volksstück „Der Dudelsackpfeifer von Strakonitz" („strakonicky dudák") von Josef Kajetan Tyl bot ihm Anregung und Fabel, und so entstand der dramatische Entwurf zu den „Dorfmusikanten", dem freilich zufolge der mangelhaften Technik der Vorlage und der geringen dramaturgischen Routine des Bearbeiters zahlreiche Fehler und Schwächen anhaften: man vermißt die Einheit des Ortes, die Konzentration der Handlung, der Reiz des Dialogs und eine wirksame Gestaltung der Aktschlüsse. Die Verse, die R. Haas geschrieben, lassen auch manches zu wünschen übrig, und das Sujet selbst steht mit seiner harmlosen Naivetät einer strafferen dramatischen Führung entgegen.

Den Kern der Handlung bildet eine Liebesepisode: ein armer Musikant sucht mit seiner Kunst Geld zu erwerben, um das Mädchen seiner Wahl heimführen zu können. Und so erlebt er manch seltsames Abenteuer. Natürlich fehlt auch die Prinzessin, die niemand aufzuheitern vermag, und der freigebige königliche Vater nicht in der Reihe der Erscheinungen, die sich in den armseligen Bereich des fahrenden Gesellen drängen; und welches Wunder vollbrächte solch ein böhmischer Bettelmusikant nicht — auf der Bühne? Zum Schlusse genügen dann auch die gekrönten Häupter nicht mehr — es muß die Geisterwelt heran. Gerade diese Geisterszene aber war für den Komponisten Weiß von besonderem Wert; denn sie versetzte ihn in die Lage, einen Befähigungsnachweis zu neues Schauspiel „Eine Faust-Symphonie" im Deutschen Schauspielhause herausgebracht wurde, lag etwas von der bekannten elektrischen Spannung über dem Zuschauerraum. Eine Spannung, die an Blumenthals Drama „Der tote Löwe" erinnerte. Man wußte, es würde auch hier allerhand zu deuteln geben. Durch eine Indiskretion war man schon seit Wochen darüber orientiert, daß Philippi mit einem neuen Schlüsseldrama komme, das die bekannten Verhältnisse in Bayreuth, Cosima und Siegfried Wagner samt deren Hofstaat auf die Bühne bringe. Vergeblich war das Dementi des Verfassers. Man glaubte ihm nicht. Das Publikum wollte eben seine Sensation haben um jeden Preis. Dann kam die Aufführung und damit die unausbleibliche Enttäuschung eines großen Teils der Zuschauer. Die „Faust-Symphonie" war in der Tat kein eigentliches Schlüsseldrama in dem erwarteten Sinne, es bot nichts, was der erhofften Sensation Avancen machte. Möglich, daß Philippi durch Bayreuth zu seinem Schauspiel angeregt wurde. Aber es hieße dem Autor unrecht tun, wenn man in der Hauptperson des Stückes, der Frau Ingeborg Lüttinghoff, der Witwe des großen Komponisten, ein Spiegelbild von Frau Cosima sehen wollte. Diese in ihrem Ehrgeiz bis zur Beschränktheit verblendete, klein denkende und kleinlich empfindende Frau erinnert ebensowenig an irgend ein lebendes Vorbild als der energielose, herzlich unbedeutende und völlig unbegabte Axel Lüttinghoff, ihr fünfundzwanzigjähriger Sohn. Für Frau Lüttinghoff gibt es nur ein Ziel im Leben: aus ihrem Sohn ein musikalisches Genie zu machen, das an Größe vielleicht den Vater noch überragt. Denn er ist ja auch ihr Sohn. Das Heer der Schmeichler, das in ihrer Villa aus und ein geht, bestärkt sie in der Meinung, daß ihr Sohn ein Talent von ungewöhnlicher Begabung sei. Die öffentliche Aufführung einer soeben von Axel vollendeten Faust-Symphonie soll den Ruhm des jungen Komponisten in alle Welt tragen, Professor Henneberg, der intimste Freund des verstorbenen Meisters, der Leiter des von Frau Lüttinghoff gegründeten Orchestervereins, soll das Werk zur Aufführung bringen. Henneberg weigert sich. Er erklärt rundweg, Axels Symphonie sei eine Stümperei und wird von der ob dieser Offenheit tiefbeleidigten Frau Lüttinghoff seines Amtes als Dirigent

---

⊙ **Felix Philippis „Faust-Symphonie".** Unser Hamburger Korrespondent schreibt uns: Am Abend, als Felix Philippis